



Pressemitteilung

01.12.2020

Verbot von Waffenlieferungen und Verurteilung von Kriegsverbrechen gefordert

Orthodoxieausschuss ruft zu Solidarität mit Christen in Berg-Karabach auf

Hamburg (ce). Vertreter der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) plädieren dafür, dass sich Kirchen und Regierungen stärker für den Schutz und die Rechte der von Krieg und Vertreibung bedrohten Zivilisten in der Region Berg-Karabach einsetzen. Religion dürfe nicht für politische und kriegerische Zwecke instrumentalisiert werden, betonte die Ökumenebeauftragte der Nordkirche, Annette Reimers-Avenarius, nach einer Sitzung des Orthodoxieausschusses der Nordkirche, deren Geschäftsführerin sie ist. Daher müssten Verantwortliche in Kirche und Regierungen alles dafür tun, dass auch religiöse Minderheiten und ihre Kulturgüter in der umkämpften Region geschützt werden. Kriegsverbrechen, wie der Einsatz von Streubomben oder der Beschuss von Gotteshäusern sollen klar verurteilt und geahndet werden. Waffen dürften nicht mehr an potentielle Akteure der Auseinandersetzungen in Berg-Karabach geliefert werden.

Der Ausschuss ruft die Nordkirche und ihre Mitglieder dazu auf, Kontakte zu armenischen Christen in Deutschland zu suchen und ihnen in ihrer Furcht und Bedrängnis solidarisch und im Gebet zur Seite zu stehen. Ausdrücklich wird auch die jüngste Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen unterstützt, in der ein dauerhafter Frieden auf der Basis von Gerechtigkeit und Menschenrechten für alle Menschen in Berg-Karabach und der weiteren Region gefordert wird.

Weltweit gibt es rund neun Millionen Gläubige, die zur Apostolischen Orthodoxen Heiligen Kirche Armeniens gehören. Die Kirche hat 42 Diözesen, 15 davon in Europa. In Deutschland leben rund 60.000 Armenier, der Sitz ihrer Kirche ist in Köln. Auf dem Gebiet der Nordkirche leben etwa 5.000 armenische Christen. Die orthodoxen Kirchen hier sind in den vergangenen Jahren meist stark durch Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa sowie Geflüchtete aus dem Nahen und Mittleren Osten gewachsen. Sie stellen mittlerweile die drittgrößte Kirchenfamilie in Norddeutschland.

Der Orthodoxieausschuss gestaltet und koordiniert die Zusammenarbeit mit den orthodoxen Kirchen auf dem Gebiet der Nordkirche.

Rückfragen:

Claudia Ebeling, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Ökumenebeauftragten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Tel.: 040 30620 1542, Mobil 0151 62774518, E-Mail: claudia.ebeling@oekumene-gesellschaft.nordkirche.de